

Kollegen und Kolleginnen,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Ein neuer Präsident möchte Spuren auch hier im Parlament hinterlassen und alte, längst überholte, ja teilweise völlig ungerechte Regelungen werden abgeändert, und im Sinne der Demokratie leicht angepasst.

Zum Sachverhalt.

In kaum einem demokratisch organisierten Rechtsstaat sind die Rechte der Opposition so eingeschränkt wie sie hier in der DG waren.

Andersherum gesagt,
nirgends hat sich die Mehrheit besser geschützt und bedient.

in deutschen Landtagen hätte eine Partei mit höchstens 6 Prozent Fraktionsstatus, und damit Rechte, die ihr eine vernünftige Kontrolle der Regierung ermöglichen.

In anderen belgischen Parlamenten ist dies ähnlich.

In der DG nicht – es bedarf hier mehr als 10 Prozent der Stimmen, fast doppelt so viel wie anderenorts um den Fraktionsstatus zu erreichen.

Und nirgends ist das Ungleichgewicht zwischen Regierung und Parlament größer als hier.

4 Vollzeit Minister mit den entsprechenden Kabinetten und dem Zugriff auf ein beachtliches Ministerium, werden kontrolliert von 11 Teilzeitabgeordneten, und in der letzten Legislaturperiode hatte man zweien sämtliche Mittel gestrichen.

Wir haben diese Ungerechtigkeiten immer angesprochen, Beispiele gebracht und auch in den Gesprächen mit dem Präsidenten dies verdeutlicht, wobei dieser bei den meisten von uns vorgebrachten Vorschlägen nur bemerkte: „nicht mehrheitsfähig“ –

Und an dieser Aussage erkennt man was hier Sache ist –

Der Aufbau der Geschäftsordnung der internen Regeln, welche für alle gelten, werden nicht durch ein übergeordnetes, neutrales Gremium geschaffen, nein es ist die Mehrheit ganz alleine, welche die Regeln hier anpassen und verändern kann.

Meine Damen und Herren,

erlauben sie mir einen kurzen Rückblick.

Das Grundprinzip einer parlamentarischen Demokratie besagt, dass die wichtigsten politischen Entscheidungen durch ein, aus freier Volkswahl hervorgegangenes und somit demokratisch legitimes Parlament getroffen werden.

In Belgien gibt es eine Besonderheit.

Ob dieses Parlament legitimiert ist, also ob die Wahlen rechtmäßig waren das entscheidet die Mehrheit selbst –

Man gibt also selbst eine Legitimation ab, ob man selbst legitimiert ist, so absurd dies klingt so real ist es – und wenn es zum eigenen Vorteil ist, dann schreckt man auch nicht vor einem Verfassungsbruch zurück.

Sie erinnern sich, im Juni haben wir dies ja erlebt.

Umso mehr sollten die Regelungen in diesem Hause entsprechend klar, fair und gerecht sein, und das für jedes Mitglied.

Meine Damen und Herren,

es gibt einige oft wiederholte Falschaussagen zum System der Parlamentarischen Demokratie, welche immer noch in den Schulen gelehrt werden.

So heißt es, dass in einer Parlamentarischen Demokratie das Parlament die Regierung kontrolliere.

Jedes Mitglied hier im Hause weiß, dass es nicht das Parlament, sondern einzig die Opposition ist, die dies tut.

Wenn wir eine parlamentarische Demokratie sein wollen, ein gerechtes System aufbauen wollen, dann brauchen wir einen Ausgleich zur Regierung, damit es nicht zu einem Machtmissbrauch durch diese kommt.

Diesen Ausgleich stellt leider nicht das Parlament dar, sondern einzig die Opposition.

Und wie man mit dieser in den letzten Jahren in der DG umgegangen ist, ist hinlänglich bekannt.

Oftmals wurde das Parlament von der Regierung degradiert.

Ob und wann er eine Frage beantworten würde, entschied der ehemalige Ministerpräsident selbst. Und anstelle dass die Mehrheitskollegen ihn zu Recht gewiesen hätten, applaudierten sie, als Herr Lambertz erklärte, er wisse nicht, wann er die Frage einer Abgeordneten beantworten werde.

Und als Opposition *bekommt* man hier sehr schnell zu spüren, von wo der Wind weht.

Bevor ich damals ein Wort im Parlament gesagt hatte, wurde in der ersten Präsidiumssitzung beschlossen, ganz einfach sämtliche Mittel der Vivant Fraktion zu kürzen. Und der damalige Parlamentspräsident Siquet kommentierte dies mit dem Satz. „Wir müssen sparen.“

Lächerlich, es wurden Millionen für diesen Neubau ausgegeben, und gespart wurde dann beim kleinsten politischen Gegner.

Jeder, der diese Entscheidung mitgetragen hat, der hat die Demokratie in der DG geschändet.

Nun liegen Dokumente vor, welche Abhilfe schaffen sollen. Die Opposition erhält mehr Rechte und die kleinen Fraktionen auch mehr Mittel.

Dass man erkannt hat, dass hier einiges schief läuft und dies im demokratischen Sinne abgeändert werden sollte, glaube ich weniger, es sind eher die Spuren, die bleiben sollen.

Denn alle Entscheidungen, die heute verabschiedet werden, sind andernorts längst Gesetz, und man sollte sich schämen, dass dies erst heute hier geschieht.

Die DG war bis dato eine Insel der Glückseligkeit für Regierung und Mehrheit, und das Demokratieverständnis erinnerte eher an spätmittelalterliche Feudal-Strukturen als an moderne Volksherrschaften.

So gibt es Länder, in welchen die Opposition eine gesonderte Stellung einnimmt, und *über Sonderrechte verfügt* um einen Ausgleich zu schaffen.

In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1952 wurde festgehalten, dass das "Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition" zu den "grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung" gezählt wird.

In allen deutschen Landtagen verfügen die Oppositionsparteien über einen sogenannten Bonus bei der Finanzierung.

Denn wie erwähnt obliegt es ihr, die Regierung zu kontrollieren, und somit steht ihr eine andere Ausstattung zu als den Mehrheitsparteien, welche diese Funktion nicht ausüben und im Gegensatz zur-Opposition direkten Zugriff haben auf die Ressourcen der Regierung.

Als ich diesen Vorschlag unterbreitete, meinte Herr Lambertz wieder: „nicht mehrheitsfähig.“

Uns ging es darum, die vorhandenen Mittel gerechter aufzuteilen.

Und wir haben immer wieder angesprochen, dass die Gesamtsumme niedriger sein muss als das was die Fraktionen bisher erhielten.

Denn es ist einfach unanständig auf der einen Seite von Sparmaßnahmen zu sprechen, und sich selbst aber mehr Gelder zu gönnen.

Die neue Regelung ersetzt eine alte, undurchsichtige, um es mit den Worten von Herrn Lambertz zu sagen, eine mit perversen Nebeneffekte behaftete Situation.

Anerkannte Fraktionen erhalten jetzt eine Pauschalsumme von 170.625,- € und nicht anerkannte 97.500,- €.

Zuzüglich 11.000€ pro Mitglied pro Jahr.

Das heißt die Mehrheitsfraktionen SP und PFF erhalten je 214.325,- € und die ProDG 236.325,- €

Ob diese Mittel für Personal oder Sonstiges benutzt werden, steht den Fraktionen frei.

Alle erhalten mehr als im vergangenen Jahr, die SP sogar obwohl sie einen Sitz verloren hat.

Das heißt, die Mehrheitsfraktionen erhalten durch diese Regelung obwohl sie nur 2 Sitze mehr haben 178.350,- € pro Jahr mehr als die Opposition.

Auf die Legislaturperiode berechnet ergibt dies eine Summe von fast 900.000,- € welche die Mehrheitsfraktionen mehr erhalten.

Ja, mehr als die Opposition.

In der DG gibt es also keinen Oppositionsbonus, sondern einen Mehrheitsbonus.

Aber was machen diese mit dem Geld, ihrer eigentlichen Aufgabe nachgehen, die Regierung kontrollieren? Nein, denn das macht ja die Opposition.

Der beste Beweis, dass die Fraktionen so viel Geld gar nicht für ihre eigentliche Arbeit hier im Parlament benötigen, ist der heute zur Abstimmung vorliegende Abänderungsvorschlag.

Denn eigentlich ist es nicht gestattet, mit den zugewiesenen Geldern Wahlkampf zu betreiben oder die Partei zu unterstützen, dieser Abänderungsvorschlag macht dies jedoch möglich.

Politische Parteien dürfen damit von den Fraktionen Spenden entgegennehmen und umgekehrt.

In schönen Worten verpackt gibt man den Anschein, es handele sich hierbei um eine Harmonisierung und eine Gleichstellung mit anderen Parlamenten, aber auch dort bereichern sich die Parteien und die Fraktionen am Volkseigentum und an den Steuergeldern der Bürger.

Ich erinnere, dass die Regierung Di Rupo kräftig die Mittel für die Parteien erhöht hatte.

Es ist also eine versteckte Parteienfinanzierung.

Ja ,die Parteienlandschaft in Belgien hat etwas von einem Feudalsystem, damals wie heute denkt man zuerst an sich und dann erst an die Bürger.

Meine Damen und Herren,
welchen Stellenwert hat die Meinung des Bürgers überhaupt noch?

Europaweit ist festzustellen, dass die Macht mehr und mehr in den Regierungen konzentriert ist und die Parlamente und deren Volksvertreter als Handlanger abgewertet werden.

In unseren Augen ist die Parlamentarische Demokratie längst gescheitert, hat nichts mehr mit dem eigentlichen Begriff Volksherrschaft zu tun, sondern ist abgerutscht in eine Parteienherrschaft, wo alle paar Jahre das Rad mal neu gedreht, aber nie ausgetauscht wird.

Vivant sieht hier als Lösungsansatz die direkte Demokratie.
Die Zeiten sind vorbei, wo der Bürger sich auf Entscheidungen der klassischen Politik verlassen kann.

Mehr und mehr sollte vom Volk direkt entschieden werden.

In der Schweiz ist dies gang und gebe –
Und führt zu einem Interesse des Bürgers am Geschehen, er fühlt seinen Wert, und gibt nicht nur seine Stimme alle paar Jahre mal ab, sondern-beteiligt sich direkt an Entscheidungsprozessen.

Vivant hat als einzige Partei in der DG Volksentscheide nach Schweizer Modell im Programm.

Und wir regen an, dass eine diesbezügliche Themendebatte hier im Parlament geführt werden sollte.

Wir werden einen entsprechenden Vorschlag einreichen.

Was die Entschädigungen der Abgeordneten angeht, ist hier dieselbe Fehlentwicklung festzustellen.

Wir plädierten dafür, das bestehende System der Sitzungsgelder beizubehalten mit einer Kürzung von 3 %.

Fast 200.000,- € kostet jetzt die Erhöhung der Gelder für die Fraktionen und die Anpassung der Abgeordneten Entschädigungen pro Jahr.
Eine Million Euro alleine in dieser Legislaturperiode.

Genauso plädierten wir dafür, dass die Provinzialräte als beratende Mandatare keine Entschädigungen mehr vom Parlament erhalten sollten.

Es ist unsinnig, so wie es die ProDG macht, auf der einen Seite die Abschaffung der Provinzbefugnisse in der DG zu fordern, und auf der anderen Seite den Provinzialräten weiter Sitzungsgelder zu genehmigen.

Das Gleiche gilt bezüglich der Aufgabe des Senators.

Der Senat ist eine reine Versorgungsanstalt der belgischen Politik.
Hier werden Politiker versorgt und andere entsorgt.

Der beste Beweis dafür ist, dass er bis heute noch keine klare Aufgabe hat.
Sicherlich werden Beschäftigungstherapien auf der Tagesordnung stehen, und somit den Anschein geben ...da tut sich was...

Aber im Grunde wissen sie gar nicht was sie machen.

Erhalten aber, ein dickes Gehalt, welches sich nicht auf der heute im GE veröffentlichten Summe beläuft, sondern diese Zahl muss noch an den entsprechenden Index angepasst werden.

D.h. er hat ein monatliches Bruttogehalt von 7.172,- € dazu kommt eine steuerfreie Unkostenpauschale von etwas mehr als 2.000,- € und Urlaubs- und Endjahresprämien sowie Fahrtgeld.

Hinzu kommen natürlich noch sehr hohe Pensionsbeiträge und ein Mitarbeiter, sodass der Senator mit seinem „Sekretär“ den belgischen Steuerzahler insgesamt 200.000,- € pro Jahr kosten zuzüglich der anteilmäßigen Kosten für den ganzen Senat Apparat.

Und die Gelder fließen nicht erst dann, wenn in Brüssel angefangen wird zu arbeiten, nein die Gelder fließen ab Juli – und wie sagte Herr Lambertz im Präsidium so schön zu Herrn Miesen, als man rückwirkend einen Beschluss verfasst hat –

„Dann hast du schon mal ein Grundeinkommen – „

Ja, meine Damen und Herren, das ist die Dekadenz der klassischen Politik.

Interessant ist auch, dass die Bezüge sogar in der Verfassung verankert sind, und hier befolgt man diese dann auch, es geht ja um einen selbst.

Wir sollten eine Resolution verfassen, mit der Forderung den Senat aufzulösen, anstatt solch eine Versorgungsanstalt weiter zu unterstützen.

Was mich am meisten in den Diskussionen im Präsidium schockiert hat, war die Leichtigkeit mit dem man über Steuergelder spricht.

500.000,- € ist die Summe welche das Präsidium als Erhöhung für das Parlament angefragt hat, und dies pro Jahr. Ein Teil davon erhält die DG wieder als Entschädigung für den Senat zurück - aber die ganze Summe muss der Bürger stemmen.

Und hier fiel einem auf, wieweit sich die klassische Politik vom Bürger entfernt hat. Es fehlt der Bezug zur Realität. Traurig, wenn man bedenkt wie andernorts das Geld fehlt, Leute sich plagen müssen, und hier so was.

Meine Damen und Herren,

Wir haben fünf Jahre gezeigt dass man auch mit den geringsten Mitteln politische Arbeit machen kann, und der Wähler hat dies honoriert.

Wir werden uns bemühen im Sinne der Transparenz und dem uns vom Wähler erteilten Auftrag die Gelder einzusetzen, um Aufklärung zu betreiben und die Regierung weiter zu kontrollieren.

Die Vivant Fraktion wird alle hierzu vorgelegten Beschlüsse ablehnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit -